

V-76 Ein Land, das einfach funktioniert, braucht Vielfalt, Offenheit und ein konsequentes Einstehen für Menschenrechte – für alle.

Gremium: BAG Migration & Flucht

Beschlussdatum: 03.10.2024

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Die jüngsten Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen verdeutlichen,
2 wer von einem Diskurs profitiert, der immer stärkere Einschränkungen, Kontrolle
3 und Härte in der Migrations- und Asylpolitik fordert. Nationale und europäische
4 Kompromisse werden zunehmend infrage gestellt, diskreditiert und durch
5 Forderungen nach weiteren Verschärfungen geschwächt. Eine realistische und
6 menschenrechtsorientierte Politik hingegen stärkt den gesellschaftlichen
7 Zusammenhalt. Es ist ermutigend, dass Anfang des Jahres so viele Menschen wie
8 nie zuvor in Deutschland auf die Straße gegangen sind, um ein Zeichen für eine
9 offene, vielfältige Gesellschaft und gegen Rechtsextremismus zu setzen. Diese
10 Solidarität gibt uns Hoffnung und zeigt, wie wichtig es ist, diesen Weg
11 entschlossen zu gehen.

12 Menschlichkeit bildet die Grundlage unseres Zusammenlebens, sowohl in
13 Deutschland als auch in Europa. Als Teil dieser Regierung fordern wir, dass
14 Menschenrechte nicht nur Rhetorik bleiben, sondern konsequent in die Praxis
15 umgesetzt werden. Es ist unsere gesellschaftliche Verpflichtung, diese Rechte zu
16 verteidigen, wenn sie mit Füßen getreten werden. Dazu gehört auch die unbedingte
17 Achtung der Menschenwürde. Sie steht aus gutem Grund seit 75 Jahren in unserem
18 Grundgesetz und gilt für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem
19 Aufenthaltsstatus.

20 Wir nehmen auch den Appell an die Bundesregierung von über 300 Organisationen
21 und Initiativen ernst, die Teil einer Gesellschaft sein wollen, die geflüchtete
22 Menschen menschenwürdig aufnimmt. Einer Gesellschaft, die das Recht auf Asyl als
23 ein Menschenrecht nicht in Frage stellt und schon gar nicht auslagert.

24 Wir als Bündnis 90/Die Grünen wissen: Aufnahme und Teilhabe funktionieren, wenn
25 alle an einem Strang ziehen und der politische Wille vorhanden ist. Deshalb
26 begegnen wir den derzeitigen Herausforderungen mit konstruktiven, praxisnahen
27 und somit realistischen Vorschlägen für eine zukunftsfähige Aufnahme. Dafür
28 setzen wir uns jetzt und auch zukünftig mit allen uns zur Verfügung stehenden
29 Kräften ein – gerade auch auf kommunaler Ebene.

30 Deshalb fordern wir:

31 **1. Sofortiger Stopp von Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien!**

32 Abschiebungen in Krisen- und Kriegsgebiete verletzen fundamentale Menschenrechte
33 und internationale Konventionen und sind daher rechtswidrig. Die Machtübernahme
34 der Taliban hat Afghanistan zu einem Hotspot für Extremismus und Islamismus
35 gemacht, wo Frauenrechte massiv eingeschränkt werden und sich die allgemeine
36 Sicherheitslage weiter verschlechtert. Besonders gefährdet sind FLINTA*-
37 Personen, deren Lebensgrundlagen und Rechte akut bedroht werden. Es ist ein

38 Widerspruch gegen Islamismus vorzugehen und gleichzeitig mit brutalen Regimen zu
39 verhandeln und diese damit zu legitimieren. Dazu gehört auch das Verhandeln und
40 Einfädeln schmutziger Deals mit den Nachbarstaaten, die Abgeschobene skrupellos
41 weiter schieben.

42 In Syrien sind die Menschen in allen Landesteilen nach wie vor willkürlicher
43 Herrschaft und gravierenden Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Folter,
44 außergerichtliche Hinrichtungen und das Verschwindenlassen politisch
45 missliebiger Personen sind alltäglich. Es ist wie vor 2011 völlig
46 unkalkulierbar, was Abgeschobenen widerfährt. Der Norden des Landes leidet unter
47 Bombardierungen durch das Assad-Regime und Russland, Angriffe der Türkei sowie
48 Terror durch den IS. Es gibt keine sicheren Regionen in Syrien – niemand ist
49 dort in Sicherheit. Der aktuelle Lagebericht des Auswärtigen Amtes bestätigt
50 das.

51 Wir stehen zur Europäischen Menschenrechtskonvention, welche die Ausweisung und
52 Abschiebung verbietet, wenn im Zielland Folter, unmenschliche Behandlung oder
53 schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Wir erwarten, dass sich die Grünen in
54 der Bundesregierung und als Partei entschieden gegen (weitere) Abschiebungen
55 nach Afghanistan oder Syrien stellen. Wir verurteilen schwere Straftaten und
56 lehnen die Verbrechen ab, die auch von Personen mit Herkunft aus Syrien oder
57 Afghanistan in Deutschland begangen wurden. Diese Straftäter müssen in
58 Deutschland zur Rechenschaft gezogen werden. Gerechtigkeit und der Schutz der
59 Menschenrechte dürfen in keinem Fall gegeneinander ausgespielt werden.

60 2. Keine Kriminalisierung von Geflüchteten!

61 Kriminalität muss unabhängig vom Aufenthaltsstatus verfolgt werden. Jede Person
62 hat das Recht auf ein faires Verfahren und darf nicht aufgrund von Vorurteilen
63 oder Herkunft unterschiedlich behandelt werden. Wir setzen uns für eine
64 evidenzbasierte Strafrechtspolitik ein, die populistischen Forderungen nach
65 höheren Strafen und schärferen Maßnahmen entgegensteht. Statt auf Abschreckung
66 setzen wir auf Prävention, Integration und den Schutz der Menschenrechte. Eine
67 pauschale Kriminalisierung von Geflüchteten lehnen wir ab.

68 3. Asylrecht stärken, nicht verschärfen!

69 Herausforderungen bei der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von
70 Asylsuchenden werden nicht durch Verschärfungen des Asylrechts gelöst. Im
71 Gegenteil, viele in der Diskussion befindliche Vorschläge führen zu untragbaren
72 Härten, überbordender Bürokratie oder sind schlichtweg verfassungswidrig.
73 Insbesondere Leistungskürzungen bis hin zu Leistungsausschlüssen für
74 Geflüchtete, etwa wenn Dublin-Abschiebungen scheitern, lehnen wir entschieden
75 ab. Sie sind verfassungswidrig, menschenfeindlich und missachten, dass die
76 betroffenen Personen oft keine Verantwortung für diese Umstände tragen. Solche
77 Leistungskürzungen führen nicht nur zu untragbaren menschlichen Härten, sie
78 stellen die Kommunen, in denen sich die Menschen aufhalten, vor unlösbare
79 Aufgaben. Menschen auf die Straße zu setzen, würde zu Leid und zu Chaos führen.
80 Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass die in Art. 1 Abs. 1 GG
81 garantierte Menschenwürde migrationspolitisch nicht zu relativieren ist und
82 daher das soziokulturelle Existenzminimum für Geflüchtete gesichert sein muss.
83 Wir erwarten, dass die Verfassungsmäßigkeit der Sozialleistungen für
84 Asylsuchende sichergestellt ist.

85

86 Darüber hinaus dürfen finanzielle Mittel für die Integration von Geflüchteten
87 nicht gekürzt werden, denn das erschwert die Teilhabe geflüchteter Menschen am
88 gesellschaftlichen Leben. Ausreichende Finanzierung ist auch eine Notwendigkeit,
89 um die Arbeit von zahllosen zivilgesellschaftlichen Organisationen und
90 Engagierten aufrechtzuerhalten. Integration statt Isolation muss das Ziel
91 unserer Asyl- und Migrationspolitik sein. Die zügige Einbindung von Geflüchteten
92 in das gesellschaftliche Leben, das Bildungssystem und die Arbeitswelt ist von
93 zentraler Bedeutung. Die Unterbringung in Wohnungen fördert die
94 Selbstständigkeit und spart enorme Kosten im Vergleich zu Sammelunterkünften,
95 insbesondere da in Deutschland etwa zwei Millionen Wohnungen leer stehen.

96 Als Ergänzung des Asylsystems unterstützen wir humanitäre Aufnahmeprogramme und
97 Resettlement. Es muss sichergestellt sein, dass alle Personen zügig aufgenommen
98 werden, die eine Aufnahmezusage im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms
99 Afghanistan erhalten haben. Die Beendigung der Aufnahme aus Afghanistan lehnen
100 wir ab. Wir appellieren an die Bundesregierung, den Aktionsplan Afghanistan
101 entschieden umzusetzen und weiter bedrohte Personen aus Afghanistan aufzunehmen.
102 Zudem muss die Flucht vor der Klimakrise als Fluchtursache anerkannt werden.

103 Bereits jetzt kann, wer in sein Herkunftsland zurückkehrt, seine
104 Flüchtlingseigenschaft verlieren. Ein weitere Verschärfung dieser Möglichkeit
105 halten wir weder für notwendig noch für sinnvoll. Etwa die geplante
106 Beweislastumkehr zu Lasten von Geflüchteten schafft zusätzliche Härten, ohne
107 irgendein Problem zu lösen. Auch eine weitere Absenkung der Schwelle für
108 Ausweisungen oder die Verhinderung der Flüchtlingseigenschaft im Asylverfahren
109 im Falle von strafrechtlichen Verurteilungen lehnen wir ab. Bereits jetzt liegt
110 ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse bei rechtskräftigen Verurteilungen zu
111 einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr wegen vorsätzlicher
112 Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit oder das Leben vor. Damit
113 besteht eine sachgerechte Regelung, die keiner Verschärfung bedarf.

114 4. Keine Inhaftierung von Schutzsuchenden!

115
116 Unsere Bewertung der Einigung zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem bleibt
117 unverändert. Wir werden die Umsetzung in deutsches Recht aktiv begleiten und
118 dabei alle Spielräume nutzen, um den Schutz von Menschen auf der Flucht zu
119 verbessern. Es ist für uns von zentraler Bedeutung, dass die Möglichkeit eines
120 fairen und transparenten Asylverfahrens innerhalb der EU garantiert ist und es
121 nicht zu Abschiebungen in Drittstaaten kommt ohne vorheriges Asylverfahren mit
122 inhaltlicher Prüfung der Fluchtgründe. Im Falle von Rückführungen muss das
123 Verbindungselement erhalten bleiben. Es ist zutiefst inhuman einen Menschen in
124 ein Land abzuschicken, in dem er nie zuvor gewesen ist.
125 Unzulässigkeitsentscheidungen aufgrund vermeintlich sicherer Drittstaaten
126 spielen in Deutschland bisher keine Rolle – und das sollte so bleiben. Eine
127 solche Praxis wäre kaum umsetzbar und würde den Zugang zu Schutz erheblich
128 verzögern.

129 Grenzverfahren, die mit einer de-facto-Inhaftierung einhergehen und keine
130 inhaltliche Prüfung von Fluchtgründen garantieren, sind nicht human und werden
131 den Rechten und Nöten schutzsuchender Menschen nicht gerecht. Daher setzen wir
132 uns mit aller Kraft dafür ein, dass EU-Mitgliedstaaten nicht zur Durchführung
133 von Grenzverfahren verpflichtet werden und Schutzsuchende nicht inhaftiert

134 werden. Geschlossene Lager, Transitzonen oder europäische Außenlager in
135 Drittstaaten lehnen wir ab.

136 5. Europäische Solidarität statt Grenzkontrollen

137 Der freie Personen- und Warenverkehr ist eine der größten Errungenschaften
138 unseres gemeinsamen Europas und bildet die Grundvoraussetzung für einen
139 funktionierenden Binnenmarkt. Die Einführung von Grenzkontrollen sowie die
140 Zurückweisung von Asylsuchenden an den deutschen Binnengrenzen verstoßen gegen
141 EU-Recht und schwächen die EU als Rechtsgemeinschaft. Darüber hinaus ist die
142 Entscheidung eine unnötige Belastung in den Beziehungen zu unseren europäischen
143 Nachbarn und Partnern, die bereits dazu führt, dass auch andere Länder wieder
144 vermehrt auf Grenzkontrollen setzen wollen. Mit der Wiedereinführung der
145 Grenzkontrollen gefährden wir das Schengen-Grenzregime als Ganzes.

146 Wir verteidigen die offenen Grenzen, von denen wir alle täglich profitieren. Die
147 Aufnahme der ukrainischen Geflüchteten hat zudem eindrucksvoll gezeigt, wie
148 Solidarität mit Schutzsuchenden innerhalb der EU funktionieren kann und dass wir
149 gemeinsam humanitäre Verantwortung übernehmen können.

150 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich nachdrücklich dafür ein, dass Deutschland
151 seiner humanitären Verantwortung gerecht wird und eine solidarische und
152 menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene verfolgt.
153 Wir fordern die Bundesregierung auf, entschieden gegen menschenrechtswidrige
154 Praktiken wie illegale Zurückweisungen (Pushbacks) an den EU-Außengrenzen und
155 auf dem Mittelmeer, sowie gegen die inhumane Behandlung von Schutzsuchenden in
156 den sogenannten "Hotspots" vorzugehen.

157 Das Dublin-System mit seinen Überstellungsfristen darf nicht dazu führen, dass
158 Schutzsuchende in einen rechtlichen Schwebезustand geraten und kein EU-Staat für
159 das Asylverfahren zuständig sein möchte. Menschen, die sich de facto hier
160 aufhalten, müssen auch Zugang zum Asylverfahren haben. Kettenabschiebungen
161 dürfen nicht dazu führen, dass Asylsuchende ohne Prüfung ihres Schutzgesuches in
162 Staaten außerhalb der EU abgeschoben werden. Wir stehen weiterhin zum
163 Kirchenasyl.

Begründung

Bei viele Menschen – insbesondere jenen mit Migrations- und Fluchtgeschichte – wächst die Angst über ihre Zukunft in Deutschland. "Seid Menschen" [1] appelliert die Shoa-Überlebende Margot Friedländer immer wieder an uns, in Anbetracht der zunehmenden gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Deutschland. Solche Mahnungen erinnern uns unermüdlich an unsere politische Verantwortung, die wir tragen, um eine Gesellschaft zu fördern, die auf Solidarität und Menschlichkeit basiert.

Wir stehen als Bündnis 90/Die Grünen vor der entscheidenden Frage, ob wir in unserem Verständnis als Menschenrechtspartei als einzige Partei für die Rechte der marginalisierten und gefährdeten Menschen in unserer Gesellschaft eintreten und diese verteidigen wollen.

Wir haben die Chance, als einzige Partei einen alternativen Weg aufzuzeigen, der es Menschen ermöglicht, bei uns Schutz zu finden und gleichzeitig einen wertvollen Beitrag zu den bestehenden Herausforderungen in Deutschland zu leisten, insbesondere im Hinblick auf die demografische Lage.

Wir als Bündnis 90/Die Grünen wollen die Partei bleiben, die die vielen Millionen Menschen, die in den

letzten Jahren und Jahrzehnten bei uns Zuflucht gefunden und Teil unserer Gesellschaft geworden sind, repräsentiert. Diese Verantwortung wollen wir wahrnehmen, indem wir dafür sorgen, dass auch zukünftig Menschen, die bei uns Schutz suchen, diesen auch erhalten. Bereits über 2.000 Parteimitglieder haben sich in einem offenen Brief dafür ausgesprochen und deutlich Stellung bezogen.
[2]

Als Bündnis 90/Die Grünen haben wir die einmalige Gelegenheit, als einzige Partei einen neuen Weg aufzuzeigen, der die Erfolgsgeschichten unserer Migrations- und Einwanderungsgesellschaft ins Rampenlicht rückt. Von den Geflüchteten, die 2015 nach Deutschland kamen, hatten knapp zwei Drittel sieben Jahre später einen Arbeitsplatz; die Beschäftigungsquote entspricht mittlerweile nahezu dem Niveau der deutschen Bevölkerung. 90 Prozent dieser Erwerbstätigen waren sozialversicherungspflichtig angestellt, rund drei Viertel davon in Vollzeit.[3] Immer mehr Menschen bezeichnen Deutschland inzwischen selbstverständlich als ihr Zuhause. Es liegt in unserer Verantwortung, dass das so bleibt.

[1] <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/friedlaender-interview-100.html>

[2] <https://asylrecht-verteidigen.antragsgruen.de/asylrecht-verteidigen/motion/73116>

[3] <https://iab.de/presseinfo/iab-presseinformation-arbeitsmarktintegration/>